

Agrogentechnik in Deutschland:
**UN-Menschenrechtsausschuss: Deutschland setzt
UN-Menschenrechtsauflagen nicht um**

Christiane Lüst von der Aktion GEN-Klage hat am Montag, 24. September, bei der UNO über die Nicht-Umsetzung der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen der deutschen Bundesregierung berichtet. Bereits 2011 hat Lüst einen Bericht dazu eingereicht. Die UNO hat daraufhin die Bundesregierung aufgefordert

- (9) bei seiner internationalen Handels-, Entwicklungshilfe- und Agrarpolitik sowie in seiner Unterstützung und bei Investitionen von deutschen Konzernen in Entwicklungshilfelandern auf die volle Einhaltung der Menschenrechte zu achten
- (35 ii) In seinem jetzt vorliegenden neuen Staatenbericht seine Politik hinsichtlich des Gesundheitsschutzes im Zusammenhang mit Nahrungsmitteln, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten, darzulegen.

Diese beiden Punkte hat die Deutsche Bundesregierung nicht umgesetzt!

Im Gegenteil – die Gen-Konzerne fahren neue Strategien auf, Deutschland verlagert seine Produktion immer mehr ins Ausland, wo die deutschen Gesetze wie Gentechnikrecht (zum Schutz der Bürger) nicht angewendet werden müssen. Über die steigende Anzahl von Freihandelsabkommen mit Produzentenländern wie Mexiko, Brasilien usw. sowie der Zulassungen für die Importe von genveränderten Futter- und Lebensmitteln – wird die Anwendung bisheriger Regeln erfolgreich von den Konzernen umgangen. Die Gentechnik landet dann doch wieder unreguliert und unkontrolliert auf unseren Tellern, von den nicht getesteten Folgen ganz zu schweigen.

Sätze wie „*Einem nach Erteilung der Genehmigung in Verkehr gebrachten genveränderten Organismus kann die Zulassung auch wieder entzogen werden, sofern Bedenken bezüglich seiner Sicherheit aufkommen*“ zeigen, dass die Bundesregierung keine Ahnung über die Sache hat, mit der sie da so sorglos agiert. Gentechnisch veränderte Organismen kann man nicht wieder stoppen, einfangen, zurückziehen, ihnen eine Zulassung entziehen und dann sind sie wieder weg. Allein schon dieser Satz macht deutlich, wie verantwortungslos und unwissend unsere Regierung mit neuen Techniken umgeht, die unser aller Zukunft nachhaltig negativ beeinträchtigen werden.

Obwohl es in Deutschland dank eines großen Widerstandes der Bevölkerung zur Zeit keine Gentechnik im Anbau und in der Freilandforschung gibt steigt der Anteil gentechnisch veränderter Futter- und Lebensmittel bei uns drastisch.

- Gegenwärtig sind in der EU bereits **rund 60 Gentechnik-Pflanzen für Import und Verwendung in Lebens- und Futtermittel zugelassen**. Viele davon wurden nie in Fütterungsstudien auf mögliche gesundheitliche Risiken untersucht.“ (testbiotech 17.04.18)
- **Koexistenz nicht möglich – Kontaminierung mit gentechnisch veränderten Organismen steigt – verursacht u. a. von den Futtermitteltransporten von Genraps, Gensoja und anderem durch Europa**

- Genveränderte Lebens- und Futtermittel, die in ihren Herkunftsländern nicht gekennzeichnet werden müssen, werden durch die **Öffnung der Märkte über Freihandelsabkommen** wie CETA und Mercosur auch bald in Europa ohne Kennzeichnung auf den Markt kommen.

Aktuelle Beispiele:

- Gentechnisch veränderte Äpfel aus den USA (werden nicht mehr braun)
 - Genlachse aus den USA (wachsen schneller als normal – mehr Gewinn)
- „Dagegen ist die Freisetzung gentechnisch veränderter Frucht- und Olivenfliegen in Europa geplant. Würden diese Pläne realisiert, wäre es mehr oder weniger unmöglich, die Ausbreitung der Gentechnik-Insekten zu kontrollieren. Somit wäre es auch nicht möglich, etwaige negative Folgen für die Ökosysteme“ und unsere Ernährung „zu verhindern.“
(Testbiotech 26.1.17)

Importe von Gensoja etc. führt zu Menschenrechtsverletzungen in den Erzeugerländern und zerstört die Existenzen unserer Bauern. . Die deutsche Bundesregierung ist daher verpflichtet zum Schutz unserer Bauern und Konsumenten im ersten Schritt die Landwirte und ihre Autonomie im eigenen Land und damit eine **regionale Versorgung für unsere Ernährungssouveränität** zu fördern, und nicht große Lebensmittelkonzerne, die ihre Produktion auslagern und die bäuerliche Landwirtschaft vor Ort – und im nächsten Schritt auch in den „neuen“ Erzeugerländern - zerstören

Bayer-Monsanto-Fusion – eine konzerngeleitete Entscheidung mit weitreichenden Folgen – auch für die Menschenrechte

„Mit dieser Entscheidung drohen den ... Bauern noch mehr Abhängigkeiten, eine weitere Einengung der Sortenauswahl und Vielfalt,... Preisdiktat, Verschärfung der Patentsituation und Monopolbildung im Bereich ... der Landwirtschaft. Wir werden nicht zulassen, dass multinationale Konzerne zukünftig bestimmen was auf unsere Äcker und Teller kommt.“
(ABL – Arbeitskreis bäuerliche Landwirtschaft -Pressemeldung 21.3.18)

Das Monsanto-Tribunal klagt den Konzern wegen Verletzungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte weltweit an. In unserem Bericht finden Sie die **Forderungen der Menschenrechtsjustizu**, die nun gegen die deutsche Regierung als neuer Hauptstandort des Konzerns gerichtet sind. **Es ist an der Zeit, die Menschenrechte und die Umwelt vor bestimmten Machenschaften transnationaler Unternehmen effektiv zu schützen.**

Die deutsche Bundesregierung ist jetzt dafür maßgeblich in der Pflicht !

- **Die Verwendung von Gentechnik in Tierfütterung, Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft umgehend zu stoppen und zu verbieten.** Das umfasst auch die neuen Züchtungen und die Freisetzung von genmanipulierten Bäumen und Tieren.
- Ein **sofortiges Gensojaimportstop** aus dem Ausland erlassen und Futterstrategien in Deutschland fördern zum Schutz unserer Bauern und Landwirtschaft
- Die Firma Monsanto-Bayer zu verurteilen für die durch Monsanto entstandenen und Schäden aufzukommen und damit seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. **Das weitere Verursachen solcher Menschenrechtsverletzungen hat die Bundesregierung als Sitz des Konzernes gesetzlich zu unterbinden.**

Alle 5 Jahre müssen die Regierungen, die - so wie Deutschland – den Menschenrechtspakt ratifiziert haben, vor dem Ausschuss berichten über die Situation der Menschenrechte in

ihrem Land - und NGOs können Berichte einreichen über die Menschenrechtsverletzungen, die - meist von den Regierungen nicht erwähnt - in den einzelnen Ländern tatsächlich stattfinden. Nach 3 Wochen Klausur und Diskussion mit NGOs und Regierungsvertretern erlässt der Ausschuss Auflagen an die Regierungen, die diese in den nächsten 5 Jahren umsetzen müssen.

Am Freitag, den 12. Oktober wird das Komitee seine Empfehlungen an die deutsche Regierung bekannt geben. Weitere Infos unter www.stopptgennahrungsmittel.de.

Vielen Dank,
und für Rückfragen: Tel.: 089 / 893 11 054

Christiane Lüst
Berengariastr. 5
82131 Gauting

AKTION GEN-Klage

Berengariastr. 5 82131 Gauting Germany
Tel.: 0049 - 89 / 893 11 054 Fax: 0049 - 89 / 893 98 446
Mail: Christiane.luest@t-online.de
www.stopptgennahrungsmittel.de

(s. Fotos im Anhang - vor dem Palaid Wilson, dem Sitz des UN-Menschenrechts-Ausschusses in Genf – gemeinsam mit 'Damián Verzeñassi und Juan Ignacio Pereyra Queles, die über die tödlichen Folgen deutscher Gensojaimportpolitik in Argentinien berichten).